

Tageblatt

Donnerstag, 29. Januar 2015 **LÉTZEBUERG**

Luxemburg € 1,40
Ausland € 1,60
www.tageblatt.lu

Nr. 24
Jahrgang 101



Die Odyssee der syrischen Flüchtlinge

Interview: Der Journalist Wolfgang Bauer hat als Flüchtling getarnt versucht, mit Syrern über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. **S. 6, 7**

Heute aktuell

Es ist Showtime

Am Sonntag steigt der Super Bowl im American Football (siehe auch S. 28). In seinem Leitartikel befasst sich Philip Michel mit der Symbiose aus Sport und Kommerz. **S. 8**

Neuer Sportkomplex für Esch

Esch braucht eine neue Sporthalle. Darin sind sich alle einig. Die Standortfrage scheint nun geklärt, und es liegt auch schon ein Projekt vor, das weit über den reinen Sportkomplex hinausgeht. **S. 50**

„Think before you post“

Facebook hat zum 1. Januar 2015 seine Nutzungsbedingungen aktualisiert. Zum 30. Januar treten sie in Kraft. Was wird sich ändern und wie sieht es nun mit dem Datenschutz aus? **S. 56**

Schiedsgerichte als Trumpf

Sind die Schiedsgerichte Europas letzter Trumpf in den TTIP-Verhandlungen mit den USA? In einem vertraulichen Bericht drängt die EU-Kommission die Staaten zur Kooperation. **S. 13**

Sozialdialog gesucht, dringend

Im Sozialsektor stehen viele Fragen offen. Das Syndikat Gesundheit und Sozialwesen des OGBL vermisst die Dialogbereitschaft des zuständigen Ministers Claude Meisch. **S. 10**

Ein Syndikat will weiterleben

PRO-SUD Zusammen mehr erreichen



Handlungsfreiheit ist ein relativer Begriff. Die Gemeinde Kayl erlebt dies derzeit am Beispiel Gemeindesyndikat Pro-Sud. Sie will dort raus, benötigt jedoch dazu die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der Mitglieder. Die fehlt, und nun muss der Großherzog über Austritt oder Verbleib entscheiden.

Pro-Sud-Präsident Dan Biancalana verteidigt das Bündnis der Südgemeinden. Das Syndikat habe durchaus eine Daseinsberechtigung, sagt er und listet die Projekte auf, die man gemeinsam umsetzen möchte.

DOSSIER S. 2, 3

Suppléments

- Autofestival
- Théâtre

FRËSCH VUM MAART

Retrouvez nos promotions p. 5

Cactus

Foto: Jean-Claude Ernst

ein Netzwerk der Südgemeinden zu schaffen.

Sie haben von einer neuen Visibilität gesprochen. Welche konkreten Projekte sollen zu dieser neuen Visibilität führen?

Wir diskutieren darüber, wieder ein WiFi- oder Hotcity-Netz einzuführen, das die Gemeinden an bestimmten Hotspots auf ihrem Gebiet umsetzen. Eine weitere Initiative ist die Einführung des Vël'ok und E-Bike-Sharing-Systems. Einige Gemeinden arbeiten bereits daran. Pro-Sud könnte dem Ganzen eine Visibilität verleihen, auch wenn jede Gemeinde für sich entscheiden muss, wo die Fahrradstationen hinkommen. Darüber hinaus wollen wir mittel- bis langfristig, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur, ein Mobilitätskonzept für die Südregion ausarbeiten.

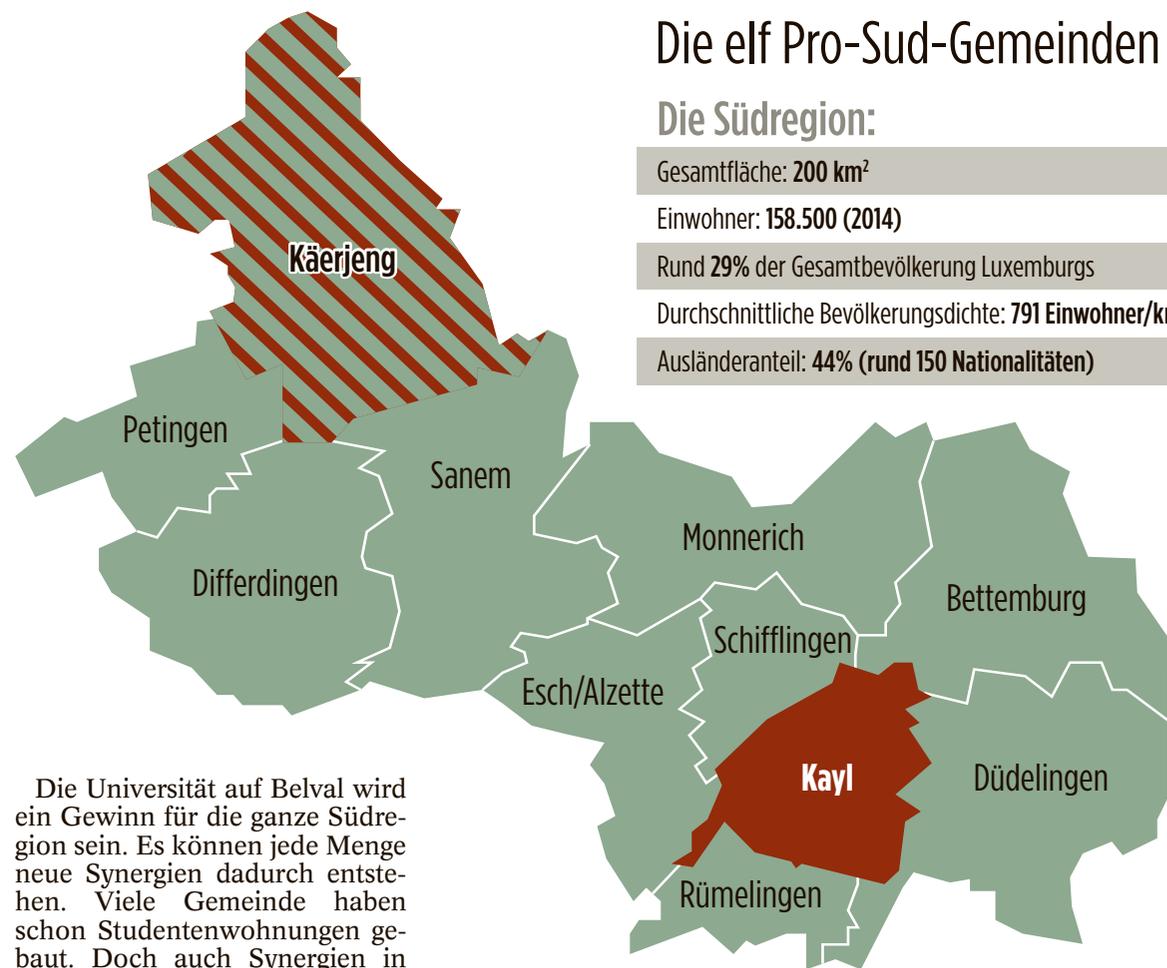
Gibt es schon Vorstellungen, wie ein solches Mobilitätskonzept aussehen könnte? Mehrere Lokalpolitiker brachten eine Süd-Tram ins Gespräch. Wird darüber im Pro-Sud-Vorstand geredet?

Im Rahmen der Diskussionen über die sektoriellen Leitpläne hat Pro-Sud sich die Frage gestellt, welchen Einfluss diese Pläne auf die Südregion haben. Wir

haben einen Avis dazu ausgearbeitet. Wir haben untersucht, was es heißt, in der Südregion mit ihren wirtschaftlichen Aktivitätszonen zu arbeiten und zu wohnen. In diesem Zusammenhang haben wir auch ein Mobilitätskonzept erstellt, in das wir die Idee der Süd-Tram mit eingebracht haben. Es geht aber auch um den öffentlichen Transport im Allgemeinen und die Auswirkung des Grenzgängerstroms auf die Verkehrssituation im Süden. Im Rahmen des Klimapakts wollen wir eine Plattform für die Mitarbeiter der ökologischen Gemeindedienste werden. Außerdem sehen wir es als unsere Aufgabe, die kleinen Geschäfte in den Ortskernen wieder zu stärken.

Wir arbeiten an der sektoriellen Planung einer ganzen Region. Die Rolle, die Pro-Sud dabei zukommt, ist die eines Sprachrohrs der Südregion in Gesprächen mit der Regierung und anderen Instanzen. In dieser Rolle hat Pro-Sud durchaus seine Daseinsberechtigung und kann sicherlich mehr erreichen, wie wenn jede Gemeinde ihre eigene Position bekräftigt.

Im September wird die Uni Luxemburg in Belval eröffnet. Welche Rolle kann Pro-Sud in diesem für den Süden wichtigen Prozess spielen?



Die elf Pro-Sud-Gemeinden

Die Südregion:

Gesamtfläche: 200 km²

Einwohner: 158.500 (2014)

Rund 29% der Gesamtbevölkerung Luxemburgs

Durchschnittliche Bevölkerungsdichte: 791 Einwohner/km²

Ausländeranteil: 44% (rund 150 Nationalitäten)

Die Universität auf Belval wird ein Gewinn für die ganze Südregion sein. Es können jede Menge neue Synergien dadurch entstehen. Viele Gemeinde haben schon Studentenwohnungen gebaut. Doch auch Synergien in den Bereichen Forschung, Innovation und Industrie werden entstehen. Die Gemeinden der Südregion werden sicherlich davon profitieren. Daher ist es für uns wichtig, die Kontakte mit der Uni Luxemburg zu vertiefen.

Im kommenden Februar und April organisiert Pro-Sud zwei Informationsveranstaltungen über EU-Förderprogramme. Ist dies auch Teil der neuen Ausrichtung?

Mehrere Gemeinden äußerten sich dahingehend, dass es für sie wichtig sei, europäische Fördergelder zu bekommen, damit sie

Quelle: Pro-Sud

Grafik: Tageblatt/Cynthia Wolter

Projekte umsetzen können. Daraufhin entstand die Idee, dass Pro-Sud eine Plattform sein könnte, die den Gemeinden eine Orientierung zu den verschiedenen Förderprogrammen der EU bieten kann. Bei den Informationsveranstaltungen werden die Kontaktpersonen der jeweiligen Ministerien für die Förderprogramme anwesend sein. Die Pro-Sud-Gemeinden können sich dort einen Überblick verschaffen.

Kayl sieht sich nicht mehr als Mitglied

Der Kayler Bürgermeister John Lorent bekräftigte gegenüber dem *Tageblatt*, dass der Gemeinderat seine Entscheidung getroffen habe und der Austritt der Gemeinde Kayl aus ProSud damit beschlossene Sache sei. Eine gerichtliche Klage strebe man nicht an, die Gemeinde Kayl berufe sich lediglich auf die im Grundgesetz verankerte Vereinigungsfreiheit.

Selbst wenn die im Syndikatsgesetz vorgesehene Zweidrittelmehrheit bei der Abstimmung der anderen Gemeinden nicht erreicht wurde, sehe die Gemeinde Kayl die Sache so, dass sie nicht mehr Mitglied des Syndikats sei, so John Lorent. Folglich zahle man auch keine Beiträge mehr an Pro-Sud.

„Wann se dann den Dierwiech-

ter schécken, gi mer a Re-cours“, so der Kayler Bürgermeister abschließend.



John Lorent

Käerjeng denkt über Austritt nach

In einer Gemeinderatssitzung Anfang Dezember forderte der Bürgermeister der Gemeinde Käerjeng, Michel Wolter, dass das Syndikat wieder von den Bürgermeistern der elf Südgemeinden geführt wird. Zudem meinte Wolter, die ursprüngliche Aufgabe von Pro-Sud, die Raumplanung im Süden, habe sich durch die neue Gesetzge-

bungen teilweise erübrigt. Werde das Syndikat in Zukunft nicht von den Bürgermeistern geführt, werde auch der Schöffenrat der Gemeinde Käerjeng über einen Austritt nachdenken. Michel Wolter weilt derzeit im Urlaub und war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Abstimmung

Fünf der elf Pro-Sud-Gemeinden stimmten für den Austritt der Gemeinde Kayl aus dem Syndikat, sechs stimmten dagegen. Damit wurde die laut Gesetz benötigte Zweidrittelmehrheit nicht erreicht.

Kayl	dafür
Bettemburg	dafür
Düdelingen	dagegen
Differdingen	dafür
Esch/Alzette	dagegen
Käerjeng	dafür
Monnerich	dagegen
Petingen	dafür
Rümelingen	dagegen
Sanem	dagegen
Schiffflingen	dagegen

„Pro-Sud hat durchaus noch eine Daseinsberechtigung“

IM INTERVIEW Dan Biancalana, neuer Präsident des Gemeindesyndikats

Luc Laboulle

Im Dezember 2013 beschloss der Kayler Gemeinderat einstimmig, aus dem Pro-Sud-Syndikat auszutreten. Doch so einfach geht das nicht. Das Syndikatsgesetz von 2001 sieht vor, dass zwei Drittel der zehn anderen Mitgliedsgemeinden den Austritt befürworten müssen. Da aber nur fünf Gemeinden die Entscheidung der Kayler unterstützen, bleiben sie rein rechtlich gesehen weiterhin Mitglied von Pro-Sud. Die Gemeinde Kayl zeigt sich damit aber nicht einverstanden und beruft sich auf die im Grundgesetz verankerte Vereinigungsfreiheit.

Tageblatt: Dem Austrittsge- such der Gemeinde Kayl aus Pro-Sud wurde von den zehn anderen dem Syndikat angegliederten Gemeinden nicht stattgegeben. Wie geht es nun weiter?

Dan Biancalana: Der Austrittswunsch der Gemeinde Kayl wurde in allen Gemeinderäten der Pro-Sud-Mitgliedsgemeinden diskutiert. Die benötigte Zweidrittelmehrheit kam bei den Abstimmungen jedoch nicht zustande. Die Beschlüsse der Gemeinderäte wurden an das Innenministerium weitergeleitet, jetzt muss der Großherzog seine Zu-

stimmung geben. Sollte er den Beschlüssen der Gemeinden zustimmen, bedeutet dies, dass die Gemeinde Kayl rechtlich gesehen weiterhin Mitglied von Pro-Sud bleibt.

Demnach hat die Gemeinde Kayl wohl keine andere Wahl, als Mitglied des Pro-Sud zu bleiben?

Die Verantwortlichen der Gemeinde Kayl haben angekündigt, dass sie rechtliche Schritte in die Wege leiten wollen. Sie sind der Meinung, dass die im Syndikatsgesetz von 2001 festgeschriebene Zweidrittelmehrheit, die es für einen Austritt braucht, gegen die Verfassung verstößt. Es bleibt abzuwarten, ob sie tatsächlich klagen werden.

Das neue Pro-Sud-Team, das seit März 2014 im Amt ist, hat sofort mit der Gemeinde Kayl Kontakt aufgenommen, als es den Beschluss des Gemeinderats über den Austritt vorliegen hatte. Wir haben Gespräche mit dem Schöffenrat geführt, um in Erfahrung zu bringen, ob die Verantwortlichen bei dieser Entscheidung bleiben wollen. Sie konnten uns auch noch mal im direkten Gespräch ihre Motive für den Austritt darlegen. Die Hauptgründe waren, dass sie sich im Pro-Sud nicht mehr wiedererkennen und die Mitgliedschaft ihnen nichts bringt. Das neue Büro und der neue Vorstand sind sich aber einig, dass es an der Zeit ist, neue Akzente zu setzen und dem Syn-

dikat eine neue Identität und mehr Visibilität zu geben.

Welche Folgen hätte der Austritt der Gemeinde Kayl? Was würde es bedeuten, wenn ihnen das in der Verfassung vorgesehene Recht auf Versammlungsfreiheit vom Gericht zugestanden würde?

Wenn die Gemeinde Kayl bei ihrer Entscheidung bleibt, wird das so oder so ein interessanter Moment. Sollte entschieden werden, dass die Regelung der Zweidrittelmehrheit gegen die Verfassung verstößt, hätte das natürlich einen Einfluss auf das Syndikatsgesetz im weiteren Sinne. Es würde ein Präzedenzfall geschaffen. Sollte das Gericht entscheiden, dass die Zweidrittelmehrheit Bestand hat, wäre das eine Botschaft für andere Gemeinden, die irgendwann ein Syndikat verlassen wollen. Wenn die Zweidrittelmehrheit aber nicht verfassungskonform wäre, könnte es

weitere Gemeinden dazu bewegen, ein Syndikat zu verlassen, sei es Pro-Sud oder ein anderes. Sollte es tatsächlich zu einer Gerichtsaffäre kommen, wird es auf juristischer Ebene ein historischer Moment.

Auf der anderen Seite ist Pro-Sud ein Syndikat mit Statuten, in denen auch der Regionalplan Süden noch drin steht. Weil es diesen Regionalplan nicht mehr gibt, kann man natürlich darüber diskutieren, ob diese Statuten nicht einmal überarbeitet werden müssen. In den Statuten steht aber auch, dass Initiativen, Aktivitäten und Projekte mit innovativem Charakter angeregt und begleitet werden sollen. Und genau daran arbeiten wir seit März vergangenen Jahres, sodass das Syndikat durchaus noch eine Daseinsberechtigung hat.

Wie wollen Sie die Gemeinde Kayl und auch die Gemeinde Käerjeng, die ebenfalls be-

reits laut über einen Austritt nachgedacht hat, noch unterstützen, im Pro-Sud zu bleiben?

„Einerseits hat Pro-Sud die Aufgabe, die Entwicklung der Südregion zu fördern, andererseits soll das Syndikat innovative Projekte und Aktivitäten umsetzen, um die Südregion voranzubringen. Wir wollen den Süden gegenüber anderen Regionen hervorheben und auch ein Gegenpart zu Projekten und Entscheidungen der Regierung sein.“

Im Rahmen der rezenten Diskussionen in den einzelnen Gemeinderäten ging es ja nicht nur um den Austritt der Gemeinde Kayl, sondern auch darum, dass dem neuen Team des Pro-Sud eine Frist von zwei Jahren gewährt werden soll, um sich einzuarbeiten und nach neuen Akzenten zu suchen. Einerseits kann das Büro Vorschläge machen, andererseits ist es aber auch wichtig, dass der Vorstand mitzieht und selbst Vorschläge einbringt. Die Identität der Südregion lässt sich nur kollektiv erarbeiten. Sowohl die Kritiker als auch die Befürworter sind sich einig, dass Pro-Sud an seiner Visibilität arbeiten muss. Dieser Prozess hat eingesetzt, auch wenn er noch sehr jung ist.

Ein weiteres Argument der Kritiker war, Pro-Sud sei zu weit weg von den Gemeinden. Das neue Büro trifft sich zurzeit mit allen angegliederten Schöffenräten, um sich ihre Anliegen anzuhören und den Austausch zwischen den einzelnen Mitgliedsgemeinden zu fördern. Wir wollen damit den „Bottom-up“-Ansatz stärken, um

Die Zielsetzungen von Pro-Sud

Am 21. Mai 2003 wurde das Syndikat Pro-Sud aus den zwölf Südgemeinden Bettemburg, Kuntzig, Differdingen, Düdelingen, Esch/Alzette, Kayl, Monnerich, Bascharage, Petingen, Rümelingen, Sanem und Schifflingen mit Sitz in Esch/Alzette gegründet.

Als Ziel des Syndikats wurde die Förderung und nachhaltige Entwicklung der Südregion definiert. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde, wie im Gesetz über die Landesplanung vom 21. Mai 1999 vorgesehen, eine regionale Kooperationsstruktur geschaffen.

2006 wurde das Regionalmanagement gegründet und die Arbeitsschwerpunkte Wirtschaftsentwicklung, Kultur und Tourismus, Transport sowie Bildung und Technologietransfer festgelegt. Zusätzlich sollte Pro-Sud aktiv an der Ausarbeitung und Umsetzung des Regionalplans Süden beteiligt werden und aktiv eine Datenbank

mit soziodemografischen Kennziffern ausarbeiten. Weiterhin sollten Initiativen, Aktivitäten und Projekte mit innovativem Charakter angeregt und begleitet werden. Der erste Präsident von Pro-Sud war der damalige Düdelinger Bürgermeister Mars di Bartolomeo. Im Oktober 2004 übernahm die Escher Bürgermeisterin Lydia Mutsch den Vorsitz. Der neue Präsident Dan Biancalana ist seit März 2014 im Amt.

Alles begann mit dem Malheft

Im November 2012 hatte Pro-Sud ein Malheft für Schulkinder zum „Boarbelendag“ herausgegeben, die wegen ihres Inhalts von allen Seiten kritisiert wurde. Die Verteilung wurde daraufhin eingestellt. Nachdem zwei Motionen der CSV-Fraktion zuerst abgewiesen worden waren, stimmte der Kayler Gemeinderat im Dezember 2013 einstimmig für den Austritt aus Pro-Sud. Neben den Kommunikationsmängeln bei der umstrittenen Broschüre war der Rat der Ansicht, dass Pro-Sud der Gemeinde wenig bringe und die Interessen der Südregion ganz gut durch andere Syndikate und regionale Vereinigungen vertreten werde, deren Arbeit und Nutzen man an konkreten Projekten messen könne. Zudem wurde der Jahres-

beitrag von jährlich rund 20.000 Euro als zu teuer empfunden (der Beitrag wurde 2012 von 4 Euro auf 2 Euro pro Einwohner gesenkt).



Foto: Alain Rischard